DÜPPENWEILER

Windkraft ja, aber bitte nicht so!

Düppenweiler Bürger protestieren gegen Windpark am Litermont

Von Christian Beckinger, 27. Mai 2016, 02:00 Uhr

In Haupersweiler (Kreis St. Wendel) hat der baden-württembergische Energiekonzern EnBW, der den Bau von acht Windrädern rund um den Litermont plant, im Jahr 2010 diesen Windpark in Betrieb genommen. Foto: EnBW *Foto: EnBW*

Eine Bürgerinitiative macht in Düppenweiler mobil gegen den geplanten Windpark Primsbogen. Haupt-Kritikpunkte: Die Räder seien zu hoch und zu nah an der Ortslage. Zudem müsse zu viel Wald gerodet werden.

230 Meter hoch sollen die geplanten acht Windräder rund um den Litermont insgesamt werden. Bei einer Nabenhöhe von 164 Metern und einem Rotordurchmesser von etwa 130 Metern würden sie zu den größten Anlagen gehören, die es in Deutschland derzeit gibt. Aus Sicht der Gegner des Vorhabens sind diese Dimensionen des Windparks völlig unakzeptabel. Zu massiv sei der Einschnitt in die Naturlandschaft rund um den Litermont, zu massiv auch die Beschränkung der Lebensqualität der Anwohner von Düppenweiler.

Die Windpark-Kritiker, die sich mittlerweile in einer Bürgerinitiative (BI) zusammengeschlossen haben, führen zum einen die optische Bedrängung ins Feld: Jeder Rotor der acht Windräder würde nach ihren Angaben eine Fläche von mehr als 13 500 Quadratmetern überstreichen, sie würden den Litermont um bis zu 170 Meter überragen. Auch die Geräuschbelastung durch den Betrieb der Anlagen bereitet ihnen Sorge. Die beiden Windräder, die auf Gebiet der Gemeinde Beckingen stehen sollen, werden rund 1300 Meter von der Ortslage von Düppenweiler entfernt errichtet. „Düppenweiler Einwohner wissen, dass die Schallemission der sechs bis sieben Kilometer entfernten Dillinger Hütte, abhängig von der Windrichtung, deutlich in unserem Ort zu hören ist“, heißt es in einem Flugblatt der BI. Auf der Bürgerversammlung am 25. April in Düppenweiler habe der Betreiber EnBW eingeräumt, dass das dort vorgestellte Lärmgutachten den Einfluss des Windes auf die Geräuschbelastung nicht berücksichtigt. „Für ein Windkraftwerk, dessen Lärmemission durch den Wind verursacht wird, ist eine Betrachtung bei Windstille, ohne Schallübertragung durch den Wind, absurd“, urteilen die BI-Vertreter. Der Geräuschpegel würde ganz maßgeblich durch den Wind bestimmt.

Für den Bau der Riesen-Windräder sind massive Eingriffe in die Naturlandschaft rund um den „Hausberg“ des Ortes, einem beliebten Ausflugs- und Naherholungsziel, notwendig. Das gilt insbesondere für die beiden Anlagen auf Beckinger Territorium, die beide im Wald errichtet werden sollen. „Für die Aufstellflächen wird im Wald pro Windrad eine mehr als sportplatzgroße Fläche gerodet und befestigt“, kritisieren die Windpark-Gegner. Weitere Kritik: Es bestehe keine Möglichkeit, den vom Windpark erzeugten Strom in die bestehende Hochspannungs-Trasse einzuspeisen. Es müsste eine zusätzliche Stromtrasse nach Dillingen oder Lebach gebaut werden. Hierfür und für den Ausbau der Transportwege sind nach Einschätzung der BI weitere Baumfällungen in erheblichem Umfang notwendig.

Die Windpark-Kritiker befürchten, dass durch die Bauarbeiten die Naturlandschaft am Litermont so nachhaltig beeinträchtigt und zerstört wird, dass dieser seinen Wert als Naherholungsgebiet und Ausflugsziel verliert. So verlaufen mehrere Premiumwanderwege rund um den Berg – die BI befürchtet deren Zerstörung. Auch die Freizeitanlage am Pützweiher, die von den Düppenweilern seit Generationen genutzt wird, sei in ihrer Existenz bedroht: Nach den aktuellen Planungen soll sich künftig in nur etwa 400 Metern Entfernung davon eines der Windräder drehen.

Die Bürger im Ort würden auch durch den Transportverkehr zu den Baustellen unzumutbar belastet, kritisiert die BI. Sie hat errechnet, dass pro Windrad für alle anstehenden Arbeiten rund 900 Lkw-Transporte pro Anlage notwendig sind. Ein deutlicher Widerspruch zu den Angaben des Windpark-Betreibers EnBW, der auf der Bürgerversammlung im April von 120 Transporten je Anlage gesprochen hatte. Da Düppenweiler seitens der Betreiber als Haupttransportroute für den Windpark angesehen wird, müss der Ort auch die Hauptlast des Baustellenverkehrs tragen. Die BI-Vertreter fordern, dass hier Alternativen gesucht werden, zum Beispiel über die B 269, die entlang der Prims verläuft. Über diese Straße lasse sich zwischen Piesbach und Körprich eine Zufahrt zu den Baufeldern errichten, die nicht durch eine Ortschaft führe, argumentiert die BI.

Sie fordern von den Ortsrat und Gemeinderat, bei ihren weiteren Beschlüssen zum Windpark Primsbogen die Interessen und Belange der Bürger über die Interessen einzelner Unternehmen oder jener, die von dem Bau der Windräder profitieren würden, zu stellen. Die Windpark-Kritiker betonen, dass sie nicht grundsätzlich gegen den Bau von Windrädern auch vor ihrer eigenen Haustür seien – „aber nicht in dieser Dimension und nicht mit Vernichtung immenser Waldflächen!“ Die CDU-Fraktion im Beckinger Gemeinderat hat sich geschlossen gegen die Planungen für den Windpark Primsbogen ausgesprochen und wird nach eigenem Bekunden diese Projekt nicht mittragen. In einer Erklärung heißt es: „Einstimmig wurde in der Fraktion beschlossen, dass die Dimensionen der Windräder zu groß und dadurch die zu erwartenden Belastungen für unsere Bürger nicht zumutbar sind.“ Der CDU-Kandidat für die Bürgermeisterwahl im September, Daniel Minas, erklärte auf Anfrage der SZ, die konkret geplanten Ausmaße des Windparks sowie die exakten Standorte der Windräder hätten er und seine Fraktionskollegen erst Anfang März bei einer Informationsveranstaltung des Windpark-Betreibers EnBW in Nalbach erfahren. „Weder ich noch meine Fraktion sind gegen erneuerbare Energien, aber wir sehen die Höhe der Räder und Ausmaße des Windparks kritisch“, betonte Minas. Die Einschnitte in die Natur und die Lebensqualität durch das Vorhaben seien so massiv, „das ist mit Geld nicht aufzuwiegen“, bekannte Minas. Die SPD-Fraktion im Gemeinderat hält den Windpark Primsbogen zum jetzigen Zeitpunkt für „nicht zustimmungswürdig“. Es gebe hinsichtlich der Informationen durch EnBW noch erheblichen Nachholbedarf. „So liegt dem Gemeinderat bis heute kein entscheidungsreifer Entwurf für einen Nutzungsvertrag zwischen den betroffenen Gemeinden und der EnBW vor“, heißt es in einer Erklärung. Die SPD kritisiert auch das Vorgehen von CDU-Bürgermeister Erhard Seger. Wesentliche Details des Vorhabens seien nur zwischen Rathausspitze und Projektträgern verhandelt worden, die Räte wurden zögerlich und verspätet informiert, die Bürger „nahezu außen vor gelassen“. Die SPD betont, dass das Projekt noch nicht abgesegnet sei, da der Gemeinderat noch nicht über den Abschluss der Verträge entschieden habe. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes sei man von einer maximalen Nabenhöhe von 150 Metern ausgegangen. Dass EnBW nun Anlagen mit einer Nabenhöhe von 164 Metern plane, sehe die SPD „äußerst kritisch".